

Welt am Sonntag | 24.01.16

Generation Freiheitsvergessen

Deutschland ist ökonomische Weltmacht – doch Politik und Bürger misstrauen der Marktwirtschaft. Wir brauchen Lust auf Risiko *Von Dorothea*

Siems

Christian Lindner setzt große Hoffnungen in das Jahr 2016. Der FDP-Chef will seine Partei bei den drei im Frühjahr bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt über die Fünf-Prozent-Marke bringen. In Berlin und Mecklenburg-Vorpommern könnte sich dann im Herbst, so Lindners Kalkül, die Erfolgsserie fortsetzen. Mit dem erhofften Schwung soll schließlich im kommenden Jahr der Wiedereinzug in den Bundestag gelingen. Doch ob die Bundesbürger den Freien Demokraten noch einmal eine Chance geben werden, ist nach Einschätzung der Demoskopien alles andere als gewiss. Gewiss ist dagegen, dass in Zeiten der großen Koalition die ökonomische Freiheit in Deutschland stark gelitten hat. Zumal die gesamte Opposition links von der Regierung steht. Und so beklagt selbst der CDU-Wirtschaftsrat, dass die FDP als "marktwirtschaftliches Korrektiv" fehle, zumal sich die CDU "zu sehr sozialdemokratisiert" habe.

Dass die Freidemokraten erstmals seit der Gründung der Bundesrepublik nicht im Parlament vertreten sind, ist indes nur eines von etlichen Anzeichen, dass der Liberalismus in Deutschland derzeit nicht allzu hoch im Kurs steht. Und das gilt keineswegs nur für die Politik. Die Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft reicht bis tief in die Mitte der Gesellschaft. Neue Technologien werden eher als Bedrohung gesehen denn als Chance, den Wohlstand auch zukünftig zu erwirtschaften. Viele Bürger sehnen sich mehr nach Sicherheit und Gleichheit als nach Freiheit. Die Politik reagiert auf diesen Zeitgeist, indem sie das soziale Netz weiter ausbaut und der Wirtschaft immer neue Fesseln anlegt.

Es sollte "ein Jahr der Wirtschaft" werden, so hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ihrer Partei und den Bürgern für 2015 angekündigt. Eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit schien geboten, nachdem im ersten Regierungsjahr die Sozialpolitik alles andere dominiert hatte. Doch stattdessen stand das vergangene Jahr im Zeichen tief greifender staatlicher Eingriffe ins Marktgeschehen. Erstmals gilt nun in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn. Auch mit der Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen wurde Neuland betreten. In der Energiepolitik dreht sich derweil die Interventionsspirale immer schneller, und die Kosten für Stromkunden, ob gewerblich oder privat, klettern in Milliardenritten weiter. Der Wohnungsmarkt wird mit der Mietpreisbremse noch stärker als zuvor reguliert. Und das Tarifeinheitsgesetz sorgt dafür, dass Großgewerkschaften die Konkurrenz der Spartengewerkschaften nicht mehr fürchten müssen. Dass damit die im Grundgesetz verankerte Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer massiv eingeschränkt wird, beeindruckt die Koalitionäre ebenso wenig wie die Fragen, ob der Mindestlohn die Integration der zumeist gering qualifizierten Flüchtlinge erschwert, die Energiepreise die Industrie ins Ausland treiben oder die Mietpreisbremse Investoren vom Neubau abschreckt. Mit dem Gesetz zur stärkeren Regulierung von Leiharbeit und Werkverträgen liegt bereits das nächste Gesetzesvorhaben auf dem Tisch, mit dem die Freiheit der Marktakteure weiter beschnitten werden soll.

Mit Blick auf den Standort Deutschland ist diese Entwicklung hin zu einer immer stärkeren Regulierung bedenklich. Denn nur Wirtschaftsnationen, in denen die Unternehmen vergleichsweise frei agieren können, sind langfristig besonders wachstumsstark. Das belegt eine Studie des Roman Herzog Instituts, die die unternehmerische Freiheit in 28 OECD-Staaten vergleicht. In dem Ranking schafft es Deutschland mit Platz 13 lediglich ins Mittelfeld. Neuseeland, die Schweiz und Finnland stehen an der Spitze, gefolgt von Kanada und den USA. Auch die Niederlande, die skandinavischen Länder und Großbritannien liegen noch vor der Deutschland, ebenso wie Irland und Australien.

Die Studie zeigt, dass am Arbeitsmarkt der Handlungsspielraum für die Unternehmen hierzulande besonders gering ist. In diesem Teilbereich liegen die Deutschen den 21. Platz. So räumen die Forscher zwar ein, dass mit der Agenda 2010 der rot-grünen Regierung unter Gerhard Schröder (SPD) einige Verbesserungen durchgesetzt wurden. Dies gelte etwa bei

der Flexibilisierung von Zeitarbeit und Befristungen. Doch der Kündigungsschutz sei unverändert starr, und auch im Bereich der Arbeitszeiten oder Lohnfindung machen laut Studie die meisten anderen untersuchten Länder den Arbeitgebern weniger strikte Vorschriften. Mit dem Mindestlohn habe Deutschland nun einen weiteren großen Regulierungsschritt getan, monieren die Autoren der Studie. In den USA gehe es auf dem Arbeitsmarkt viel liberaler zu als hierzulande. Am größten aber sei die Freiheit im deutschen Nachbarland Schweiz.

Der wirtschaftsstarke Alpenstaat führt auch im Teilbereich "Good Governance" das Ranking an. Deutschland attestieren die Forscher dagegen auch im Bildungssystem sowie bei der Innovationsförderung zu wenig Wettbewerb, was die Zukunftsfähigkeit beeinträchtigt. Etwas besser schneidet die Bundesrepublik zwar bei der Beurteilung der Qualität der staatlichen Institutionen ab. Doch selbst bei Rechtsstaatlichkeit, Effizienz der Verwaltung und politischer Verlässlichkeit schaffen es die Deutschen nicht unter die besten zehn. Denn bei der Benotung des Staatssektors wird auch das Steuersystem berücksichtigt, mit dem Deutschland nicht gerade Staat machen kann.

Von großer Bedeutung für die Unternehmen ist auch die Freiheit der Produkt- und Dienstleistungsmärkte sowie des Kapitalmarktes. Kritisch merken die Wissenschaftler an, dass die Bundesrepublik auf dem Feld der Existenzgründungen seit Jahren keine Fortschritte vermelden könne. Selbst in Griechenland lasse sich schneller und leichter ein Unternehmen gründen als in Europas größter Wirtschaftsnation. Auf dem deutschen Kapitalmarkt sehen die Ökonomen vor allem im großen Marktanteil staatlicher Banken einen Wettbewerbsnachteil. Von den untersuchten OECD-Staaten habe lediglich die Türkei einen vergleichbaren staatlich beeinflussten Bankensektor, heißt es in der Studie.

Deutschland schneidet im OECD-Vergleich mittelmäßig ab. Nimmt man jedoch nur den Euro-Raum in den Blick, so zählt die Bundesrepublik noch zu den Besten. Denn in weiten Teilen der Währungsunion greift der Staat noch viel stärker ins Wirtschaftsgeschehen ein als hierzulande – was die Bewältigung der Schuldenkrise erheblich erschwert. Von jeher ist die Union gespalten: Südeuropa und Frankreich setzen auf eine gestaltungsfreudige Wirtschaftspolitik mit hohen Staatsausgaben und einer entsprechenden Geldpolitik. Im Norden herrscht dagegen ein liberaleres Verständnis von Ökonomie. Schaut man auf die Entwicklung im Euro-Raum, so zeigt sich, dass besonders diejenigen Länder, die ihren Unternehmen wenig Freiraum lassen, seit Jahren tief in der Krise stecken. Das gilt vor allem für Italien und Griechenland, die Schlusslichter im Ranking. Portugal und Spanien rangieren ebenfalls weit hinten. Und auch Frankreich schafft es lediglich auf den 19. Platz. Weit besser ist es dagegen in Irland um die unternehmerische Freiheit bestellt. Zwar geriet das traditionell wirtschaftsliberale Land nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 ebenfalls ins Trudeln, weil auch hier die Staatsverschuldung explodierte. Doch erholte sich die grüne Insel schneller als alle anderen Schuldensünder und meldet längst wieder stattliche Wachstumsraten.

Die unterschiedliche Entwicklung zeigt, dass es zur Lösung der europäischen Schuldenmisere nicht nur auf eine entschlossene Haushaltskonsolidierung ankommt, sondern auch darauf, mit einem umfassenden Reformprogramm die Kräfte des Marktes zu entfesseln. Ob sich diese Sichtweise allerdings in der EU auf lange Sicht durchsetzen kann, ist keineswegs sicher. In Südeuropa und Frankreich ist der Widerstand gegen die vor allem auch von der Bundesregierung propagierte Reformpolitik nach wie vor stark. Hinzu kommt, dass die ultralockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank den Reformdruck in den Krisenländern dämpft.

Doch auch in Deutschland selbst hat die Marktwirtschaft viele Kritiker, die sich seit der Finanzkrise bestätigt fühlen. Dass im Parlament derzeit mit den Linken, den Grünen und den Sozialdemokraten drei linke Parteien vertreten sind und die Union ebenfalls nach links gerückt ist, macht deutlich, wie sehr der Liberalismus momentan in der Defensive ist. Der Begriff "Freiheit" bezieht sich allerdings nicht nur auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Gesellschaft. Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen oder staatliche Verbote sind gleichfalls wichtige Aspekte. Seit 2011 erstellt das John Stuart Mill Institut jährlich gemeinsam mit dem Institut für Demoskopie Allensbach einen "Freiheitsindex Deutschland". Auf der Basis von Meinungsumfragen schätzen die Forscher ein, wie wichtig für die hiesigen Bürger die Freiheit ist. Gefragt werden sie beispielsweise nach ihrer Einschätzung, ob jeder seines Glückes Schmied ist oder ob die soziale Stellung eines Menschen von vornherein feststeht. Die Antworten geben Aufschluss darüber, ob die soziale Marktwirtschaft als gerecht empfunden wird oder nicht. 2015 sagten 45 Prozent: "Jeder ist seines Glückes Schmied", 36 Prozent sahen das nicht so. In den Wirtschaftswunderjahren war in Westdeutschland der Anteil derjenigen, die dem System positiv gegenüberstanden, weitaus größer als im heutigen Gesamtdeutschland. Fast zwei Drittel der Westdeutschen meinten in den Sechzigerjahren, dass jeder sein Glück selbst in der Hand habe. Nur ein

Viertel der Bundesbürger widersprach damals dieser These. Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Skepsis gegenüber der sozialen Marktwirtschaft in Ostdeutschland noch immer deutlich größer als im Westen. Aber auch in den alten Bundesländern kam es seither zu einer deutlichen Verschiebung. Erstaunlicherweise, so stellten die Allensbacher Marktforscher fest, haben sich die Westdeutschen in ihrer Einstellung zur Freiheit stärker an die Ostdeutschen angepasst, als dies umgekehrt der Fall ist.

Aufschlussreich ist auch das Ergebnis, wenn sich die Bürger entscheiden sollen, ob ihnen im Zweifel die Gleichheit oder die Freiheit wichtiger ist. Zwar war 2015 auch hier einer relativen Mehrheit von 46 Prozent der Deutschen die Freiheit wichtiger. Doch die Gruppe derjenigen, die der Gleichheit den Vorzug geben, ist mit 38 Prozent nicht viel kleiner. Und selbst unter den freiheitlich gesinnten Bürgern ist die Neigung groß, vom Staat vieles per Gesetz verbieten zu lassen, was einem selbst nicht passt. Zwei von drei Befragten sind dafür, rechtsradikale Parteien zu verbieten. Fast 60 Prozent fordern ein Verbot gesundheitsgefährdender, ungesunder Lebensmittel. Jeder Zweite möchte Filme und Computerspiele mit brutalen Gewaltdarstellungen verbieten, jeder Dritte hohe Parteispenden. Auch Pornografie, Glücksspiel und hochprozentiger Alkohol gehören nach Ansicht nicht weniger Deutscher zum Schutz der Menschen vor sich selbst auf den Index.

Auch wenn solche Eingriffe in den Lebensstil des Einzelnen der großen Mehrheit der Bundesbürger dann doch zu weit gehen, wirft Ulrike Ackermann, Leiterin des John Stuart Mill Instituts, den Deutschen eine "Freiheitsvergessenheit" vor. Dabei sei gerade auch mit Blick auf die wachsende Gefahr islamistischen Terrors eine offensive Verteidigung der westlichen Freiheitswerte nötiger denn je.

Die Autorin ist Chefkorrespondentin für Wirtschaftspolitik von WeltN24